

LESERBRIEFE

Jahrelange Traditionen einfach wegwerfen?

Wir Eltern von Ohmstal wurden am Dienstag, 2. Juli 2019, per Handzettel informiert, dass der jahrzehntelange traditionelle Schwimmunterricht gekürzt wird. Ja, vor Jahrzehnten, etwa vor 40 Jahren, organisierten sich die Ohmstaler Eltern, um ihren Kindern Schwimmunterricht erteilen zu lassen. Sie sahen die Notwendigkeit und handelten. Mit Spezialbewilligung wurden die Kinder mit dem Hühnertransporter von Ohmstal ins Schwimmbad gefahren. Dies wurde dann stetig ausgebaut und so durften jahrelang die Kinder vom Kindergarten bis zur 6. Klasse alle zwei Wochen den Schwimmunterricht besuchen. Später machten die Eltern mit ihren Autos den Transport und vor einigen Jahren wurde dann der Transport mit dem Schulbus durchgeführt.

Jahrelang fand dieser Unterricht in Reiden statt, da Willisau sehr ausgelastet ist. Nach Jahren auf der Warteliste

wurde dann ein Platz in Willisau frei. Vor zwei Jahren durften die Kindergartenkinder leider nicht mehr mit, da sie sich zu langsam umziehen konnten. Ja, und jetzt wird der Unterricht noch mehr eingeschränkt, auf ca. 6 Mal pro Schuljahr und dies nur für die Dritt- und Viertklässler. Der Grund sei der Lehrplan 21. Dadurch würden die Wasserzeiten sehr eingeschränkt. Der Lehrplan 21 erteilt den Schulen den Auftrag, den Kindern das Schwimmen und den Umgang mit Wasser beizubringen. Ende 2. Klasse sollte sich ein Schüler eine Minute über Wasser halten können. Jetzt frage ich mich, wie sollen dies die Schüler lernen, wenn man mit ihnen nicht mehr ins Wasser geht, um dies zu üben. Warum gibt man so was auf? Wie geht es wohl den Initianten von damals?

Judith Felber, Ohmstal



FDP-Kandidierende im lockeren Gespräch

WAHLKREIS SURSEE Am 1. Juli 2019 fand in Eich ein Anlass der FDP. Die Liberalen Wahlkreis Sursee mit den FDP-Kandidierenden für die nationalen Wahlen und rund 80 Besuchern statt. Dabei stellten sich die Kandidatinnen und Kandidaten in lockerer Atmosphäre vor. Anhand von drei Fragen, welche die Kandidierenden ihm vorab beantworten mussten, kam Oliver Kuhn mit den Kandidierenden ins Gespräch. So wollte er von den Kandidierenden

den wissen, auf welchen Gegenstand sie nicht verzichten können, welches Ziel sie noch erreichen wollen und welche Fähigkeit sie gerne besitzen würden. Angereichert wurden die Gespräche mit Fragen zu den politischen Schwerpunkten und Absichten. Unser Bild: Die Kandidierenden aus dem Wahlkreis Sursee (v.l.n.r.): Priska Hafner (Grosswangen), Albert Vitali (Oberkirch, bisher) und Rosy Schmid (Hildisrieden).

bh/wb

CVP und FDP spannen bei den Herbstwahlen zusammen

PARTEIEN Im Kanton Luzern steht einer Zusammenarbeit zwischen CVP und FDP bei den eidgenössischen Wahlen nach Ansicht der Parteispitzen nichts im Wege. Die CVP-Parteileitung bezeichnet einen entsprechenden Antrag der FDP-Spitze als logisch und sinnvoll.

Die FDP-Parteileitung hatte am Montag mitgeteilt, dass sie bei den Nationalratswahlen eine Listenverbindung und bei den Ständeratswahlen eine gemeinsame Liste mit der CVP anstrebe. Die CVP-Parteileitung begrüsst dies am Dienstag. CVP und FDP seien im Kanton Luzern die gestaltende Kraft, teilte sie mit. Die CVP-Spitze hat von ihren Delegierten bereits im Mai die Kompetenz erhalten, allfällige Listenverbindungen oder gemeinsame Listen einzugehen. Bei der FDP haben am 22. August die Delegierten zu diesem Thema das letzte Wort.

Wahlziel der beiden Parteien ist es, ihre Sitzzahl im Nationalrat zu sichern. Bei der CVP sind es drei, bei der FDP zwei. Erschwerend ist dabei, dass der Kanton Luzern neu nur noch neun statt zehn Sitze haben wird. Es gilt somit, sich möglichst viele Restmandate zu sichern. Eine Listenverbindung trage unbestritten dazu bei, das Wahlziel zu erreichen, heisst es in der Mitteilung der CVP.

Im Ständerat will die CVP den frei werdenden Sitz von Konrad Graber verteidigen. Sie hat Nationalrätin Andrea Gmür nominiert, die demnach mit dem bisherigen FDP-Ständerat Damian Müller auf einer Liste figurieren soll. Anspruch auf einen Ständeratssitz stellen auch SVP, SP, Grüne oder GLP.

Die früheren Erzfeinde im Kanton, CVP und FDP, sind 2015 erstmals für die Nationalratswahlen eine Listenverbindung eingegangen. Die CVP ist optimistisch, dass dies erneut zustande kommen wird. Sie gehe davon aus, dass die FDP-Delegierten den Antrag ihrer Parteileitung gutheissen würden, teilte sie mit.

sda

Leicht mehr Siedlungsabfälle pro Kopf

KEHRICHT Der Hauskehrichtberg, den die Luzernerinnen und Luzerner pro Kopf hinterlassen, ist kleiner geworden. 2018 ging er gegenüber dem Vorjahr von 210.4 Kilogramm auf 208.8 Kilogramm zurück. Gewachsen sind hingegen die Siedlungsabfälle.

Werden zum Hauskehricht die Separatabfälle wie Papier, Karton, Grüngut, Glas oder Metall dazugerechnet, belieben sich die Siedlungsabfälle pro Kopf auf 431.4 Kilogramm. 2017 waren es 423.7 Kilogramm gewesen.

Mehr Grüngut

Wie das Luzerner Statistikamt Lustat am Dienstag mitteilte, haben vor allem die Grüngutabfälle zugenommen, nämlich von 89.8 Kilogramm auf 101.3 Kilogramm pro Kopf.

Insgesamt belief sich der Siedlungsabfall im Kanton Luzern 2018 auf 175361 Tonnen. Davon waren 84880 Tonnen Hauskehricht und 90481 Tonnen Separatabfälle.



Fast der gesamte Luzerner Hauskehricht landete in der Kehrichtverbrennungsanlage Renergia in Perlen. Archivbild Keystone

Fast der gesamte Hauskehricht wurde in der Kehrichtverbrennungsanlage in Perlen thermisch verwertet, der Rest ging nach Oftringen. Die Separatabfälle

le, die 52 Prozent des Siedlungsabfalles ausmachten, wurden der stofflichen Verwertung zugeführt. Damit entspreche die Luzerner Recyclingqu

sda

DAS

WB-Podium



Christoph Fellmann*

Das Kantonsparlament ist neu gewählt, und schon bald geht es um die Neuwahl der Luzerner National- und Ständeräte. Und es sind zwei Themen, welche die Analysen wie auch

Linke Stimmen aus der Vorstadt

die Prognosen bestimmen. Da ist die so genannte «grüne Welle», also die hohe Konjunktur der Umweltthemen. Und da ist, im Nachgang zur «one too»-Debatte, die Frauenfrage. Dass diese beiden Themen den linken und vor allem grünen Parteien geholfen haben in diesem Frühling, ist sicher. Auch das hervorragende Resultat der Grünen Korintha Bärtsch in der Regierungsratswahl spricht deutlich dafür.

Klar, die Öko- wie die Frauenfrage erhalten derzeit viel Publizität, und folglich gab es auch Stimmen, die von «Modethemen» sprachen, die schon bald – beispielsweise beim nächsten Anzeichen einer Einwanderungswelle – wieder deutlich weniger populär sein könnten. Das mag sein, und dann hätte die FDP, die sich derzeit als grüne Partei neu erfinden will, das übliche Pech der Opportunisten gehabt. Es kann aber auch gut sein, dass die Freisinnigen das Richtige tun. Erstens, weil Umweltschutz und Klimawandel tatsächlich dringende Themen sind. Und zweitens, weil hinter den letzten Erfolgen linker Politik ein Phänomen sich zeigt, über das noch sehr wenig geredet wird – nämlich die Verschiebung der politischen Gewichte in der Agglo.

Die Agglomeration, das ist der sich rasch verdichtende Siedlungsgürtel um die Kernstadt, das sind in Luzern also Gemeinden wie Horw, Kriens oder Emmen. Diese Agglomerationen sind im Kanton Zürich, wie eine Studie des Politgeografen Michael Hermann kürzlich gezeigt hat, nach links gerückt (auch wenn sich einzelne stadtnahe – in der Regel steuergünstige – Gemeinden im gleichen Zeitraum durchaus noch rechts bewegt haben). Blickt man

nun auf die letzten Parlamentswahlen in unserem Kanton, zeigt sich ein ähnliches Bild: Die SVP verlor im Wahlkreis Luzern-Land (also in der klassischen Agglomeration) mit 6.72 Prozent der Parteistimmen deutlich stärker als im Kantonsdurchschnitt und mit heftigeren Verlusten sogar als in der Stadt Luzern. Auch die CVP verbuchte in diesem Wahlkreis die grössten Stimmenverluste. Die linken Parteien dagegen legten in der Agglomeration um 8 Prozent zu – gesamthaft im Kanton (und auch in der Stadt Luzern) waren es nur 7 Prozent.

Interessant ist ebenfalls das Abschneiden der liberalen Parteien. Die Grünliberalen legten in der Stadt und Agglomeration um je rund 4.1 Prozent zu, deutlich mehr als im ganzen Kanton (2.2 Prozent). Und die FDP, die im Vergleich zu den Wahlen von 2015 gesamthaft 1.5 Prozent der Parteistimmen verlor, stürzte in der Stadt gar um 2.8 Prozent ab, legte in Luzern-Land aber ganz leicht um 0.06 Prozent zu. Die Entwicklung im Agglomerationsgürtel ist also eine mit eigener, links-liberaler Note.

Die Erklärung dafür dürfte sein, dass das urbane, liberal und ökologisch

grundierte Lebensmodell der Städte mittlerweile auch in den Vorstädten angekommen ist. Das Internet mit seinen Onlinemedien und hippen Abokanälen wie Netflix spielt dabei bestimmt eine wichtige Rolle. Es verbreitet und verstärkt aktuelle Öko- und Gender-Debatten überall, nicht nur in den Kernstädten. Dazu kommt, dass seit einigen Jahren auch Menschen aus dem Kreativmilieu vermehrt in die Agglomerationen ziehen. Sie können sich die zentrumsnahen Mieten für Wohnungen oder Ateliers nicht mehr leisten – und bringen ihr urbanes, gesellschaftlich liberales und ökologisches Lebensmodell mit. So steht beispielsweise in Emmen heute nicht bloss die Kunsthochschule, es kommt auch zu Zwischennutzungen bracher Gebäude und Gelände, die wiederum ein städtisch-urbanes Publikum anlocken.

Die politischen Verschiebungen der letzten Wahlen sind ein Anzeichen dafür, dass sich im Agglomerationsgürtel viel und grundlegend geändert hat. In den Neunzigerjahren, als die Städte politisch nach links zu rutschen begannen, kämpften viele dieser Vororte mit der Deindustrialisierung und damit mit Fragen von Identität und Sicherheit – entsprechend wurden

sie oft und schnell zu Hochburgen der SVP. Mittlerweile hat die Partei jeden einzelnen ihrer Gemeinderatssitze im Agglomerationsgürtel verloren. Manch ein Vorort nennt sich heute nicht mehr Dorf, sondern Stadt, und zahlreiche Agglomerationsgemeinden investieren erheblich in ihre Attraktivität als Wohnort. Gute Bildung, guter öffentlicher Verkehr oder gute Tagesstrukturen in der Kinderbetreuung gehören da dazu – das sind klassische linke, aber auch gesellschaftsliberale Anliegen.

Der Linksrutsch in den Schweizer Städten dauert nun schon fast 30 Jahre an. Die politische Entwicklung der Agglomerationen sollte auch darum den bürgerlichen, und vor allem den konservativen Parteien zu denken geben. Schliesslich wohnen drei Viertel aller Schweizerinnen und Schweizer heute in Städten oder Vorstädten. Und selbst wenn es sich bei der Öko- und der Frauenfrage um Modethemen handeln sollte: Die Urbanisierung der Vorstädte ist ganz gewiss mehr als nur ein kurzfristiger Trend.

* Christoph Fellmann, geboren 1970 in Horw und mit Wurzeln in Dagmersellen, lebt und arbeitet in Luzern als freier Autor und Theaterschaffender.